

Rede von Frank Deja, Sprecher von „Köln kann auch anders“, auf der Veranstaltung zum 7. Jahrestag des Archiveinsturzes

(Freie Rede, nach Stichwortzettel aus dem Gedächtnis rekonstruiert)



Vielen Dank Herr Stadtdirektor Kahlen für die Erläuterungen zu den zivil- und strafrechtlichen Ermittlungen am Unglücksort. Ausdrücklich danken möchten wir auch den anderen Damen und Herren aus Rat und Verwaltung, die heute an dieser Veranstaltung teilnehmen.

Die Schuldfrage im juristischen Sinne haben Staatsanwaltschaft und Gerichte zu klären. Uns interessiert darüber hinaus die Frage der Verantwortung bzw. des Mangels an Verantwortung.

Unsere Initiative hat sich nach dem Einsturz des Stadtarchivs unter dem Titel „Köln kann auch anders“ gegründet. Und was Köln anders können soll, zeigt sich aus unserer Sicht an den schwerwiegenden Missständen in der Organisation der Stadt, die nach der Katastrophe offenkundig wurden:

- da war die technische Vorstandsverantwortung der Bauherrin KVB, die fatalerweise für die Bauaufsicht gleich mit zuständig war, einem Mann übertragen worden, der von Technik keine Ahnung hatte, sondern für den man einen Versorgungsposten brauchte.
- da war das Silodenken in den zuständigen Ämtern und ein eklatanter Mangel an Koordination und Abstimmung. So wurde der Einsatz von über 20 statt der genehmigten 4 Brunnen zum Abpumpen des eindringenden Wassers nur als wasser- und umweltrechtliches Problem betrachtet und niemand hat gefragt, was denn passiert, wenn man unter dem mit Abstand schwersten Gebäude entlang der Trasse das Wasser wegpumpt und mit dem Wasser den Boden. Hinzu kommt, dass dieses Schatzhaus der Kölner Geschichte nicht auf der Liste der besonders gefährdeten Gebäude an der U-Bahn-Linie stand.
- und am schwersten wiegt der verantwortungslose Umgang mit den Warnsignalen, die immer unüberhörbarer wurden: angefangen beim „schiefen Turm“ von St. Johann Baptist über die zunehmende Neigung des Gebäudes, die die Rollwagen bereits ohne menschliches Zutun durch die Flure rollen ließ bis zu den armdicken Rissen im Keller des Stadtarchivs. Die Eigentümerin des Gebäudes, die Gebäudewirtschaft, hat sich mit einem oberflächlichen Gutachten begnügt, das die Statik des Gebäudes in sich nicht gefährdet sah aber den Hinweis ignoriert, dass durch ein Bodengutachten zu klären sei, warum das Gebäude sich überhaupt neigt. Die baurechtlich vorgeschriebenen Messungen der Gebäudeneigung während der Bauarbeiten wurden übrigens gar nicht erst vorgenommen, und als ein verantwortungsbewusster Mitarbeiter dies kurz vor dem Einsturz auf eigene Veranlassung tat und alarmierend auffällige Bewegungen des Gebäudes feststellte, hat dies immer noch keinen Alarm ausgelöst!

Wäre eine übergeordnete verantwortungsbewusste Bauleitung installiert gewesen, die über all diese Informationen verfügt und eins und eins zusammenzählt hätte, wäre zu diesem Zeitpunkt der Einsturz vielleicht schon nicht mehr zu verhindern gewesen, aber man hätte das Archiv und die umliegenden Häuser rechtzeitig evakuieren und räumen können.

Hier zeigte sich exemplarisch das, was wir als „Kölner Grundübel“ erkannt zu haben glauben: Zuständigkeiten sind möglichst breit verteilt, am besten noch auf sich gegenseitig abschottende Ämter, aber niemand ist letztendlich verantwortlich, und wenn eine große Katastrophe oder ein kleines Debakel eintritt, schauen alle ratlos in die Runde. Kein Wunder, dass die „organisierte Verantwortungslosigkeit“ für Köln sprichwörtlich geworden ist.

Das zu ändern, und für diese Änderung das Engagement und den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren, denen unsere Stadt am Herzen liegt, dafür sind wir angetreten.

Dass dies möglich ist, zeigt die breite Bürgerbewegung gegen den Abriss und städtebaulich fragwürdigen Neubau des Schauspielhauses, für den Erhalt des Bühnensembles, der sich die große Mehrheit des Rates schließlich angeschlossen hat. Aufgrund des bürgerschaftlichen Engagements war es möglich, fraktions- und ämterübergreifend miteinander nach einer Lösung zu suchen, die, davon sind wir nach wie vor überzeugt, gut für unsere Stadt ist.

Dass die Baustelle selber dann zum Debakel wurde, zeigt leider, dass das Kölner Grundübel nicht überwunden wurde und unverändert schlimme Folgen für uns alle hat.

Wieso wurde erst kurz vor der geplanten Eröffnung offenkundig, dass auf der Baustelle scheinbar jeder macht, was er will und wieso gab es auf der Pressekonferenz nur ratlose Blicke, als nach der Verantwortung gefragt wurde? Wieso wurde die zentrale Bauaufgabe der Haustechnik einer Firma übertragen, die für ihr kriminelles Geschäftsmodell berüchtigt ist und gegen die vier Staatsanwaltschaften ermitteln?

Wieso hat erst der neue Projektsteuerer diese und weitere Steuerungsmängel aufgedeckt und festgestellt, dass auch bei der neuen Fassade Pfusch am Bau geleistet wurde? Was hat eigentlich der alte Projektsteuerer gemacht, wofür hat er sein Geld kassiert und wie viel überhaupt? Und aufgrund welcher Erkenntnisse wurde er gefeuert? Über all dies werden die Bürger im Dunkeln gelassen.

Und apropos Kosten: einige meinten, auf die Kostenexplosion am Offenbachplatz mit dem Hinweis reagieren zu müssen, jetzt sähen die Bürger ja, was sie von ihrem Engagement hätten. Dabei hat die aktuelle Problematik nichts mit der Frage Sanierung oder Neubau zu tun, und die jetzige zusätzliche Last wäre andernfalls auf die von vornherein um fast hundert Millionen Euro höheren geplanten Kosten aufgesattelt worden.

Im Zentrum der Fragen zur Verantwortung für die Baustelle steht übrigens wieder einmal die Gebäudewirtschaft, also jene eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Köln, die auch für den maroden Zustand der Schulen verantwortlich ist. Die Gebäudewirtschaft trug auch die Verantwortung für den Bau des neuen

Rautenstrauch-Joest-Museums, dass schon vor der Eröffnung nach jahrelanger Bauverzögerung ein teurer Sanierungsfall war. Und sie ist mit dem Bau des jüngsten Schildbürgerstreichts befasst: das Projekt eines Hubschrauberlandeplatzes auf einer Müllkippe, dem Kalkberg. Wer auf Müll baut sollte sich nicht wundern, dass die Fundamente sacken und bersten, bevor die Gebäude fertig sind. Gleichwohl wird unverdrossen weitergebaut, mit teuren Konsequenzen für uns.

Frau Reker hat nach der Kölner Silvesternacht erklärt, sie habe das Gefühl, Leute würden glauben, sie könnten nach Köln kommen und sich hier so schlecht benehmen wie sie wollen. Wir fragen uns, was die Verwahrlosung und Vermüllung des öffentlichen Raums dazu beiträgt, dass Leute meinen, sie könnten hier buchstäblich die Sau rauslassen. Und wir fragen uns: gilt das nur für kleinkriminelle Banden aus dem Maghreb oder auch für Baufirmen, die wittern, dass sie sich in Köln benehmen können wie sie wollen und ungestraft auf Kosten der Allgemeinheit die Taschen vollmachen?

Sie sehen, meine Damen und Herren, der Einsturz des Stadtarchivs, an den wir heute erinnern, war die schmerzhafteste aber bei weitem nicht einzige Folge der „organisierten Verantwortungslosigkeit“, deren schlimmsten und teuersten Folgen wir auf der [langen Banderole](#) hinter mir dokumentiert sehen.

Nun ist die neue Oberbürgermeisterin Frau Reker mit dem ausdrücklichen Ziel angetreten, eine neue Verantwortungskultur und einen neuen Politikstil in Köln zu etablieren, klare Verantwortungsstrukturen zu schaffen und für funktionierende Koordinierung zu sorgen. Vielleicht ist die Ernennung des dem Sanierungsprojekt stets wohlgesonnenen ehemaligen Baudezernenten Bernd Streitberger zum technischen Betriebsleiter der Kölner Bühnen ja ein hoffnungsvolles Zeichen in diese Richtung.

Dazu sollte auch gehören, das „Schwarze-Peter-Spiel“ zu beenden. Rats- und Ausschussmitglieder beklagen – wahrscheinlich zu Recht –, dass die Verwaltung ihnen gegenüber die Verantwortung für das Baustellendebakel am Offenbachplatz verschleiert habe. Andererseits ist es die Politik, die die Rahmenbedingungen für die Verwaltung definiert und eine Situation geschaffen hat, in der diese völlig überlastet ist – der hohe Krankenstand spricht Bände – und an entscheidenden Stellen die Fachkompetenz weggespart wurde, die nötig wäre, um den Baufirmen, die sich an Köln bereichern wollen, wirksam auf die Finger zu schauen.

Daher richten wir einen dringenden Appell an Frau Reker und an die hier anwesenden Mitglieder von Rat und Verwaltung: beenden Sie das für die Bürger fruchtlose Schwarze-Peter-Spiel, machen Sie ernst mit dem Anliegen, eine neue Verantwortungskultur zu etablieren und die organisierte Verantwortungslosigkeit zu beenden. Und machen Sie die engagierten Bürgerinnen und Bürger dabei zu Ihren Verbündeten!